

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2556/2021

12. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sach-antragsnr.		Beschluss zu eingereichten Positionspapieren Klimaschutz			
TOP - Nr.			Vorlagenstatus		öffentlich
AZ:			Erstelldatum	06.10.2021	
Verfasser		Müller, Thomas	Zuständiges Amt	Amt 4	
Sachgebiet		41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB:		
Beratungsfolge			Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau		Vorberatung	10.11.2021	Ö
2	Stadtrat		Entscheidung	30.11.2021	Ö

Anlagen:	1. Beschlussbuchauszug UVA vom 13.10.2020 2. Positionspapier Stadtjugendrat und Umweltbeirat_Nummeriert 3. Positionspapier Fridays for Future_Nummeriert 4. Erweiterte Einordnung_Positionspapiere Ideen und Anregungen zum Klimaschutz
----------	---

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau empfiehlt dem Stadtrat:

1. Die Verwaltung wird beauftragt im Sinne der, mit den Einreichenden der Positionspapiere abgestimmten, erweiterten Einordnung gemäß Anlage 4 tätig zu werden und in die bestehenden Klimaschutzaktivitäten zu integrieren. Der Fokus liegt auf der Umsetzung von kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen, mittel- und langfristige Maßnahmen werden parallel verfolgt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Umsetzung von geeigneten Maßnahmen, gemeinsame Aktionen mit den Einreichenden zu initiieren.

Referent/in		Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in	Halbauer / Grüne		Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Klimarelevanz			hoch	
Umweltauswirkungen			hoch	
Finanzielle Auswirkungen			Unbekannt	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€
Folgekosten				€

Sachvortrag:

Am 21.01.2020 hat die Stadt Fürstenfeldbruck das gemeinsame Positionspapier zum Thema Klimaschutz von Stadtjugendrat und Umweltbeirat erhalten. (siehe Anlage 2) Am 13.03.2020 hat die Gruppe Fridays for Future Fürstenfeldbruck ihr Positionspapier an die Stadt übergeben. (siehe Anlage 3) Die Verwaltung wurde damit beauftragt, zu beiden Positionspapieren Stellung zu nehmen und den politischen Gremien vorzustellen. Die Verwaltung hat daraufhin eine erste Einordnung der vorgeschlagenen Ideen und Anregungen aus den Positionspapieren vorgenommen. In der Sitzung des UVA am 13.10.2020 wurde die Verwaltung auf Grundlage der erarbeiteten und vorgestellten ersten Einordnung beauftragt, die Ideen und Anregungen aus den eingereichten Positionspapieren und die aufgestellte Einordnung in die weitere strategische Arbeit der Stadt Fürstenfeldbruck im Bereich Klimaschutz mit einfließen zu lassen. Im März 2021 sollte hierzu den zuständigen politischen Gremien ein aktualisierter Aktionsplan mit geeigneten Oberzielen, Unterzielen und Maßnahmen zur Entscheidung vorgelegt werden. (siehe Anlage 1)

Die Verwaltung hat daraufhin einen Arbeitskreis Klima initiiert, bei dem mit den Einreichenden der Positionspapiere und den zuständigen Referenten, im Rahmen eines gegenseitigen Austausches das weitere Vorgehen zum Umgang mit den Ideen und Anregungen aus den Positionspapieren zum Klimaschutz besprochen wird. Im Folgenden werden die Einreichenden der Positionspapiere, Stadtjugendrat, Umweltbeirat und Fridays for Future Fürstenfeldbruck, verkürzt als die Einreichenden bezeichnet, um die Lesbarkeit zu vereinfachen.

Sachstand:

Auf Grundlage der vorgenommenen Einordnung durch die Verwaltung, die dem UVA in der Sitzung am 13.10.2020 vorgestellt wurde, haben die Einreichenden bei zwei digitalen Arbeitskreistreffen zunächst gemeinsam mit der Verwaltung erörtert, wie mit den Ideen und Anregungen im Sinne des kommunalen Klimaschutzes umgegangen werden kann und dabei insbesondere auch die gemeinsame Zusammenarbeit zukünftig zielgerichtet ablaufen kann. Gemeinsames Ziel ist, den Klimaschutz in Fürstenfeldbruck durch die Ideen und Anregungen voran zu bringen.

Beim ersten digitalen Treffen am 12.04.2021 stand zunächst ein gegenseitiges Kennenlernen im Vordergrund. Deutlich wurde, dass die Einreichenden den Fokus insbesondere auf schnell umsetzbare Maßnahmen legen möchten. Es wurde vereinbart, sich für ein weiteres digitales Treffen in gleicher Runde zu verabreden, um hierüber weiter sprechen zu können. Von Seiten der Verwaltung wurde in Vorbereitung für das zweite digitale Treffen am 26.05.2021 eine erweiterte Einordnung vorgenommen, die auf Grundlage der bereits bestehenden Einordnung erstellt wurde, die dem UVA als Grundlage für den Beschluss am 13.10.2020 diene.

Die bereits bestehende Einordnung wurde dabei um eine Spalte erweitert. In der neuen Spalte wird eine Einordnung vorgenommen, welcher Zeithorizont bezüglich der Umsetzung dieser Punkte angenommen werden kann. Hierbei wird zwischen den Einordnungen kurzfristig, mittelfristig und langfristig unterschieden. Vereinbart wurde Ideen und Anregungen zu identifizieren, die kurzfristiger umgesetzt werden können. (siehe Anlage 4)

Die Kategorien zur zeitlichen Einordnung der Umsetzung sind:

- Kurzfristig (Zeitraum von ca. 1-2 Jahren bis zur Umsetzung)
- Mittelfristig (Zeitraum von ca. 5 Jahren bis zur Umsetzung)
- Langfristig (Zeitraum von ca. 10-15 Jahren bis zur Umsetzung)

Gemeinsamer Konsens aller Teilnehmenden aus der Diskussion ist dabei folgender Punkt: Ziel der vorgenommenen erweiterten Einordnung ist die Identifizierung von schnell umsetzbaren, so genannten kurzfristigen Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollen initiiert durch die Verwaltung rasch angegangen werden. Die weitere Zusammenarbeit, insbesondere mit den Einreichenden und evtl. weiteren Institutionen der Stadtgesellschaft und entsprechenden Stellen innerhalb der Verwaltung, soll hierbei gezielt genutzt und weiterverfolgt werden.

In einem dritten, nun in persönlicher Anwesenheit durchgeführten Termin, am 08.07.2021, waren neben den Teilnehmenden der ersten beiden digitalen Arbeitskreistreffen (Oberbürgermeister, Einreichende und Vertreter der Verwaltung) auch die Referentin für Klimaschutz und Energie Frau Dr. Zierl und der Referent für Umwelt, Naturschutz und Nachhaltigkeit Herr Halbauer dabei. Die Referenten wurden über die, in Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Einreichenden, abgestimmte Einordnung und das geplante Vorgehen informiert und nochmals entsprechendes Feedback eingeholt. Nach intensiver Diskussion um einzelne Punkte der Einordnung konnte eine erweiterte Einordnung gefunden werden, die als Anlage dieser Beschlussvorlage beigefügt ist. (siehe Anlage 4)

Stellungnahme der Verwaltung:

Auf Grundlage der vorgenommenen erweiterten Einordnung empfiehlt die Verwaltung der Politik, den mit den Einreichenden abgestimmten Weg politisch zu unterstützen und die Verwaltung zu beauftragen, im Sinne dieser erweiterten Einordnung tätig zu werden und in die bestehenden Klimaschutzaktivitäten zu integrieren.

Hervorgehoben werden soll an dieser Stelle auch, dass es sich bei den nun erweitert eingeordneten Maßnahmen um eine sehr große Vielzahl an Einzelmaßnahmen handelt. Diese sind unterschiedlich komplex und müssen im Rahmen der Umsetzung jeweils individuell im Detail, insbesondere mit den jeweiligen Fachstellen innerhalb und außerhalb der Verwaltung, diskutiert und anschließend gemeinsam umgesetzt werden. Der Aufwand hierfür wird aus Sicht der Verwaltung teilweise erheblich sein, ohne diesen abschließend zum jetzigen Zeitpunkt näher quantifizieren zu können. Die Verwaltung möchte dennoch bereits im Rahmen dieser Beschlussvorlage auf die entsprechend nötigen zeitlichen und personellen Kapazitäten offen hinweisen.

Die Verwaltung möchte sich an dieser Stelle nochmals explizit bei den Einreichenden für die sehr konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen der Arbeitskreistreffen bedanken. Das Engagement der Einreichenden ist außergewöhnlich und sollte von Seiten der Stadt entsprechend wahrgenommen und gewürdigt werden. Der verfolgte Weg, mit mehreren Arbeitskreistreffen, hat zu einer insgesamt längeren Bearbeitungszeit geführt. Das Vorgehen, im gegenseitigen Austausch eine Lösung gemeinsam zu erarbeiten, hat sich aus Sicht der Verwaltung jedoch sehr gelohnt.

Mit dem Beschluss kann die Politik einen richtungsweisenden politischen Auftrag an die Verwaltung geben, im Rahmen der erweiterten Einordnung (siehe Anlage 4), Ideen und Anregungen der Einreichenden im Sinne des Klimaschutzes voranzutreiben und diese in die bestehenden Klimaschutzaktivitäten zu integrieren.

Ein solcher Beschluss würdigt aus Sicht der Verwaltung die wertvolle Arbeit und das außergewöhnlich hohe Engagement der Einreichenden. Die gute und konstruktiv geführte Zusammenarbeit und der gewinnbringende Austausch soll aus Sicht der Verwaltung weitergeführt und in konkreten Projekten intensiviert werden.

Ein solcher Beschluss eröffnet aus Sicht der Verwaltung den Weg für eine weitere gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Einreichenden und in Folge dessen auch der Politik, im Sinne des kommunalen Klimaschutzes.

Aufgrund der Vielzahl an angesprochenen Bereichen durch die eingereichten Positionspapiere werden die Vorberatung im UVA und eine anschließende Entscheidung im Stadtrat vorgeschlagen.

Abschließend kommt die Verwaltung zum dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.